

licht. Er enthält 52 Aufsätze und Reden aus der Zeit zwischen August 1949 und Juli 1956. 36 Dokumente sind Erstveröffentlichungen. Die Sammlung ist fast ausschließlich wirtschafts- und finanzpolitischen Themen gewidmet und behandelt die Wiederaufbauperiode der Wirtschaft (1949-1952) und den größten Teil der Periode des 1. Fünfjahrplans (1953-1957). In den veröffentlichten Werken aus dieser Zeit beschäftigt sich Chen Yun vor allem mit der Vereinheitlichung der Finanz- und Wirtschaftspolitik, mit der Stabilisierung der Preise, mit dem Wiederaufbau der brachliegenden Wirtschaft, mit der Verwirklichung des staatlichen Monopols über Getreide und andere landwirtschaftliche Produkte, mit dem Aufbau der Planwirtschaft und mit der Verstaatlichung von Industrie und Handel.

Die Periode des 1. Fünfjahrplans wird von vielen älteren Kadern als eine Zeit der "goldenen Jahre" angesehen, in denen die Partei und ihre Politik noch in Ordnung waren. Diese Funktionäre glauben, mit den bewährten Methoden der 50er Jahre die heutigen Probleme lösen zu können. Als 'Vater' des wirtschaftlichen Wiederaufbaus und der chinesischen dirigistischen Planwirtschaft der 50er Jahre gilt Chen Yun auch als Befürworter des Modells der zentralen Planwirtschaft mit wenig Sympathien für zu stark marktorientierte Wirtschaftsreformen. Wahrscheinlich um dem Eindruck entgegenzutreten, daß die nun veröffentlichten Ansichten Chen Yuns zu wirtschaftspolitischen Fragen von aktueller Bedeutung seien, betonten die Nachrichtenagentur "Neues China" und die "Volkszeitung", daß es sich bei dem Band II der ausgewählten Reden und Schriften Chen Yuns um ein "historisches Werk" handele (RMRB, 15.7.84).

Der erste Band der "Ausgewählten Werke von Chen Yun" war am 15. Februar 1984 veröffentlicht worden. Dieser Band, der fast ausschließlich politische Fragen der chinesischen kommunistischen Bewegung vor 1949 zum Inhalt hat, war damals als "von großer praktischer Bedeutung" für die politische Ausrichtung der KP Chinas bezeichnet worden (RMRB, 15.2.84). -sch-

*(17)

Familienplanung

Auf einer Pressekonferenz, die ein Sprecher der Staatlichen Kommission für Familienplanung zwecks Ankündigung der chinesischen Teilnahme an der Bevölkerungskonferenz der Vereinten Nationen im August in Mexiko gab, wurden folgende Angaben gemacht:

Siebzig Prozent aller Ehepaare im Zeugungsalter praktizierten Geburtenkontrolle. Die Politik "ein Kind pro Familie" werde noch für eine Generation, d.h. für die nächsten zwanzig bis dreißig Jahre, gültig sein. Trotzdem könnten zur Zeit Eheleute, die die einzigen Nachfahren ihrer Eltern sind, ein zweites Kind haben. Tatsächlich hätten nach einer Erhebung des Jahres 1982 nur 21,2 Prozent aller Mütter im gebärfähigen Alter eine Ein-Kind-Familie. Auf dem Lande werde die Politik der Geburtenkontrolle nicht so streng gehandhabt und erst recht nicht bei den nationalen Minderheiten. Wenn Ehepaare auf dem Lande aus bestimmten Gründen ein zweites Kind wollten, dann würde es ihnen nach einer Pause von mehreren Jahren gewährt.

Der Sprecher betonte, daß die Familienplanung freiwillig sei und daß die Betonung auf Verhütungsmaßnahmen liege. Die Regierung stelle Kontrazeptiva und Beratungsdienste kostenlos zur Verfügung. Abtreibungen würden durchgeführt, wenn Verhütungsmaßnahmen keinen Erfolg gehabt hätten, das Recht, eine Abtreibung zu fordern, müsse respektiert werden, doch illegale Abtreibungen, die die Gesundheit der Frau gefährden, seien streng verboten. Keinesfalls werde bei der Familienplanung Zwang ausgeübt, denn keine Politik könne auf Dauer ohne die Unterstützung der Massen durchgesetzt werden.

Der Sprecher gab zu, daß etwa zwanzig Prozent aller Neugeborenen pro Jahr Zweit- oder Drittkinder seien, was er auf den immer noch vorhandenen Einfluß alter Gewohnheiten zurückführte. Diese Tatsache ließe es sinnvoll erscheinen, wirtschaftliche Sanktionen zu erteilen und diejenigen, die mehr Kinder wollten, einen Teil der der Gesellschaft aufgebürdeten Lasten tragen zu lassen. Das Schwergewicht der Regierung müsse aber darauf liegen, die Menschen zu überzeugen, Geburtenkontrolle zu praktizieren (XNA, 4.7.84).

Die Ausführungen des Sprechers der Staatlichen Kommission für Familienplanung lassen deutlich die Absicht erkennen, die chinesische Familienplanungspolitik in einem günstigen Licht erscheinen zu lassen und sie angesichts zu erwartender Kritik des Auslands auf der UN-Konferenz von dem Odium des Zwangs zu befreien. Die genannten Zahlen sind aufschlußreich, lassen aber keine eindeutigen Rückschlüsse auf die tatsächliche Situation zu.

-st-

KULTUR

*

*

*(18)

Hochschulaufnahmeprüfungen

Vom 7. bis 9. Juli 1984 fanden die diesjährigen Hochschulaufnahmeprüfungen einheitlich für das ganze Land statt. Dazu verlautete von seiten des Erziehungsministeriums:

Im Jahre 1984 haben 1,64 Millionen Kandidaten an den Prüfungen teilgenommen, das sind 30.000 weniger als im vergangenen Jahr. In diesem Jahr stehen gut 40.000 Studienplätze mehr als 1983 zur Verfügung. Damit hat sich die Chance, einen Studienplatz zu erhalten, erhöht. Während im vergangenen Jahr 21,55 Prozent der Bewerber einen Studienplatz erhielten, sind es in diesem Jahr 24,39 Prozent. Der Anteil der männlichen Bewerber beträgt 1,06 Millionen, derjenige der weiblichen gut 580.000, das sind 65 bzw. 35 Prozent. Die Zahl der diesjährigen Mittelschulabsolventen beträgt 880.000, derjenigen, die die Mittelschule schon länger beendet haben, 710.000. Unter den Bewerbern befinden sich 30.000 Arbeiter, Kader und ehemalige Soldaten, 175 in Taiwan registrierte und 2.564 zurückgekehrte Auslandschinesen oder deren Kinder. Für ein geisteswissenschaftliches Studium bewerben sich gut 410.000, für ein naturwissenschaftlich-technisches Studium 1,08 Millionen (GMRB, 10.7.84).

Die Gründe für die vermehrten Chancen, einen Studienplatz zu erhalten, sind vielfältiger Natur. Einmal hat der Staat in diesem Jahr mehr Studienplätze zur Verfügung gestellt als je zuvor seit 1949, nämlich 430.000. Zweitens sind viele Bewerber schon durch Vorprüfungen auf Provinzebene abgewiesen worden. Drittens hat sich die Zahl der Bewerber aufgrund der Reform der Sekundarschulen (d.h. der Umwandlung regulärer Mittelschulen in berufsbildende Schulen, von denen der Übergang zur Hochschule nicht möglich ist) automatisch reduziert. Wenn also heute jeder vierte Teilnehmer an den Hochschuleingangsprüfungen die Zulassung zum Studium erhält, so täuscht dieses günstige Verhältnis, wenn man berücksichtigt, daß wahrscheinlich eine viel höhere Zahl als die zu den Prüfungen zugelassene Zahl von Bewerbern gern studieren würde. -st-

*(19)

Reform des wissenschaftlich-technischen Personalwesens

Der Staatsrat hat kürzlich den Wechsel des Büros für wissen-

schaftlich-technische Kader vom Arbeits- und Personalministerium in den Zuständigkeitsbereich der Staatlichen Kommission für Wissenschaft und Technik verfügt. Nach den Worten des Vorsitzenden der Kommission für Wissenschaft und Technik, Fang Yi, soll diese Umorganisation die Reform des wissenschaftlich-technischen Personalwesens vorantreiben mit dem Ziel, eine größere Mobilität zu erreichen. Die zunächst wichtigste Aufgabe des Büros für wissenschaftlich-technische Kader unter neuer Regie soll eine Überprüfung sein, inwieweit Institute und Abteilungen zuviele Angestellte haben und ob alle Wissenschaftler und Techniker richtig eingesetzt sind. Dies wurde anlässlich einer nationalen Tagung über die Reform der Verwaltung des wissenschaftlich-technischen Personals bekannt. Fang Yi betonte auf der Tagung, daß in den vergangenen zwei - drei Jahren viel über Mobilität der Wissenschaftler und Techniker geredet, aber bisher auf diesem Gebiet noch nicht viel erreicht worden sei. Das läge zur Hauptsache am Besitzstanddenken, an dem Prinzip der "eisernen Reischale" und an immer noch vorkommenden Widerständen gegen die offizielle Politik gegenüber den Intellektuellen. Der Kommissionsvorsitzende wandte sich entschieden gegen "linke" Ideen in der Behandlung der Intellektuellen und hob erneut deren Bedeutung für die Modernisierungspolitik hervor (RMRB, GMRB, 18.7.84).

Auf der Abschlusssitzung der Tagung am 21. Juli 1984 gab der stellvertretende Vorsitzende der Kommission für Wissenschaft und Technik, Yang Jun, einen Katalog von fünf Maßnahmen bekannt, die ebenfalls die Mobilität des wissenschaftlich-technischen Personals fördern sollen:

1. Versuchsweise soll ein neues Einstellungssystem für Wissenschaftler und Techniker eingeführt werden, das eine Kombination aus staatlicher Stellenzuweisung und Einstellung durch die Einheiten darstellen soll. Im Rahmen der vom Staat festgelegten Planstellen ist eine vernünftige Mobilität möglich, wobei allerdings der Stellenplan und die festgesetzten Quoten für Großstädte zu berücksichtigen sind. Die einstellenden Einheiten haben das Recht der Einstellung und Kündigung, die Wissenschaftler und Techniker haben das Recht, eine Stelle anzunehmen oder abzulehnen.

Der Staatsrat hat verfügt, daß dieses Verfahren zunächst in Shanghai, Chongqing, Xiangfan, Changzhou und Xi'an sowie bei einigen Einheiten der Akademie der

Wissenschaften, der Akademie der Sozialwissenschaften und der Gesellschaft für Wissenschaft und Technik ausprobiert werden soll.

2. Es soll ein Zentrum für die Entwicklung und den Austausch von Wissenschaft und Technik bzw. wissenschaftlich-technischem Personal eingerichtet werden. Jede Provinzeinheit kann ein entsprechendes Zentrum einrichten, so daß ein nationales Netz von Austauschzentren entsteht und so der Austausch von wissenschaftlichen Kenntnissen und Wissenschaftlern gefördert wird.

3. Es soll eine Beförderungsstelle für Promovierte eingerichtet werden. An dieser Stelle sollen Wissenschaftler, die ihren Doktorgrad im Ausland erworben haben, nach ihrer Rückkehr zwei bis vier Jahre arbeiten, um danach vom Büro für wissenschaftlich-technische Kader eine Stelle zugewiesen zu bekommen.

4. Das System der Stellenzuweisung für solche, die im Ausland studiert haben und nach China zurückkehren, soll reformiert werden. Unter der Voraussetzung, daß der Staat ihnen eine Anstellung garantiert, sollen die zurückgekehrten Akademiker sich ihre Arbeit frei auswählen können.

5. Es soll überprüft werden, ob die Wissenschaftler und Techniker, insbesondere solche, die im Ausland studiert haben, richtig eingesetzt sind. Alle Personalämter sollen von sich aus die anstehenden Probleme lösen (RMRB, 22.7.84).

Die fünf Maßnahmen sind geeignet, größere Mobilität in die Personalpolitik für hochqualifizierte Fachleute zu bringen. Dies gilt insbesondere für solche Wissenschaftler, die im Ausland hohe Qualifikationen erworben haben und dann nach ihrer Rückkehr häufig Stellen erhalten, auf denen ihre Kenntnisse nicht zum Tragen kommen oder nicht gebraucht werden. Derartigen Fehlbesetzungen könnte durch die "Clearingstelle" für zurückgekehrte Akademiker, wie sie nun eingerichtet werden soll, vorgebeugt werden.

-st-

*(20)

Stellenangebote für Absolventen lokaler Hochschulen

Aus einer Xinhua-Meldung (engl., 26.6.84) geht hervor, daß es für Absolventen lokaler Hochschulen ein Überangebot an Stellen gibt. Absolventen lokaler Hochschulen haben keine Einstellungsgarantie, da sie nicht in das staatliche Stellenzuweisungssystem einbezogen

sind. Trotzdem haben sie keine Schwierigkeiten, eine Stellung zu finden. Wie es in der Meldung heißt, machen in diesem Sommer 7.400 sog. "Tagesstudenten", d.h. Studenten, die zumeist an lokalen Hochschulen studieren, zu Hause wohnen und ein Studiengeld zahlen, Examen. Seit Beginn der achtziger Jahre seien in China 52 Hochschulen in größeren Städten gegründet worden, die nicht der Zentrale, sondern den örtlichen Behörden unterstehen. Der Grund, weshalb die Graduierten dieser Hochschulen so begehrt sind, sei darin zu suchen, daß die der Zentrale oder der Provinzregierung unterstehenden regulären Hochschulen den Bedarf an Graduierten für lokale Stellen nicht decken können. Die Universität Shenyang beispielsweise habe Geldforderungen an die Betriebe gestellt, an die sie ihre Graduierten abgeben habe, und die Betriebe seien ohne weiteres bereit gewesen, für die Graduierten zu zahlen. Die Nachfrage von seiten der Betriebe sei so groß gewesen, daß alle Graduierten durchschnittlich vier Stellenangebote gehabt hätten. Ein weiterer Grund liegt darin, daß die Ausbildung an den lokalen Hochschulen häufig viel praxisbezogener als an den staatlichen Hochschulen ist und daher den Bedürfnissen der örtlichen Betriebe mehr entspricht. So habe z.B. die Universität Jiangnan in ihrer Fremdsprachenabteilung die Vorlesungen über ausländische Literatur zugunsten neuer Kurse in Wissenschaftsenglisch, Schreibmaschinenschreiben und Briefschreiben eingeschränkt. Dadurch, daß die Studenten der lokalen Hochschulen zu Hause wohnen und diese Hochschulen nicht für Unterkunft und Verpflegung ihrer Studenten aufzukommen hätten, könnten sie mit weit geringeren Mitteln auskommen als die staatlichen Hochschulen. Nach Auskunft einiger lokaler Hochschulen betrügen die Kosten für die Ausbildung pro Student nur ein Drittel bis die Hälfte der Kosten an regulären Hochschulen. Neben dem Schulgeld (die Studenten zahlen pro Jahr 40-60 Yuan) stünden den lokalen Universitäten finanzielle Mittel der Provinzen und Städte sowie der Betriebe, die Abnehmer für ihre Graduierten sind, zur Verfügung. Außerdem habe das Erziehungsministerium sechzehn lokalen Hochschulen 35,5 Millionen US-Dollar an Weltbankkrediten zur Verfügung gestellt.

Der Bericht macht deutlich, daß es durchaus kein Nachteil ist, nicht im staatlichen Stellenzuweisungssystem aufgenommen zu sein. Im Zuge der Modernisierung werden in zunehmendem Maße auch lokale Einheiten Bedarf an qualifiziertem Fachpersonal haben. Dieser Bedarf kann

weder gegenwärtig noch auf absehbare Zeit von den regulären Hochschulen befriedigt werden. Insofern brauchen sich die Absolventen nichtregulärer Hochschulen, auch wenn sie keine Einstellungsgarantie vom Staat haben, keine Sorgen um ihre berufliche Zukunft zu machen. -st-

***(21)
Reform der Sekundarschulen auf dem Lande**

Die Reform des Sekundarschulwesens von der Allgemeinbildung zu mehr fachbezogener Ausbildung hin ist besonders auf dem Lande ein dringendes Erfordernis. Die Provinz Shandong hat das Problem frühzeitig erkannt und im Jahre 1979 mit Reformmaßnahmen begonnen, die bereits Erfolge zeitigten. Die Volkszeitung berichtete darüber am 8. Juli 1984. Seit 1979 hat die Provinz 362 reguläre Mittelschulen in agrotechnische Mittelschulen umgewandelt. Eine Untersuchung aus demselben Jahr hatte ergeben, daß von der gesamten in der Landwirtschaft beschäftigten Bevölkerung der Provinz nur 0,03 Prozent als Landwirtschaftsspezialisten zu bezeichnen waren. Damit war der akute Mangel an Spezialisten für die Landwirtschaft offenkundig geworden. Überall ergab sich das gleiche Bild: Obwohl über 90 Prozent aller Mittelschulabsolventen praktisch in der Landwirtschaft gearbeitet hatten, fehlte ihnen die notwendige Kenntnis über die landwirtschaftliche Produktion. Aus diesem Grunde hat die Provinzregierung beschlossen, in diesem Jahr noch einmal 200 allgemeine Mittelschulen in landwirtschaftliche Mittelschulen umzuwandeln. Geplant ist, daß große Kreise drei bis vier, mittlere Kreise zwei bis drei und kleine Kreise zwei reformierte Mittelschulen einrichten, so daß in der ganzen Provinz ein Netz von landwirtschaftlichen Mittelschulen entsteht. Der Aufbau eines solchen Netzes wird als entscheidend für den Erfolg in der Modernisierung der Landwirtschaft angesehen. Schon jetzt konnten mehrere Kommunen aufgrund der Tatsache, daß mehr Absolventen landwirtschaftlicher Mittelschulen eingesetzt wurden, ihre landwirtschaftliche Produktion steigern. Bei der Ausbildung wird besonderer Wert auf ländliches Handelswesen, diversifizierte Betriebe und Verarbeitung landwirtschaftlicher Produkte sowie auf solche Fächer wie Tiermedizin, Seidenraupen-, Obst- und Gemüsezüchtung, Tischlern, Hausbau, Schneidern, Weben, Sticken und Elektrotechnik gelegt.

Auch die Schuldauer ist reformiert worden: Normalerweise umfaßt die landwirtschaftliche Mittelschule drei oder zwei Jahre, daneben gibt

es auch Kurse von einem oder einem halben Jahr und von einigen Monaten. Der Bericht in der Volkszeitung führt weiter aus, daß im Gegensatz zu den Fachmittelschulen die Absolventen der landwirtschaftlichen Mittelschulen keine Einstellungs-garantie haben. Das bedeutet, daß die Absolventen in der Regel in ihrer Familie oder Kommune bleiben. Dies dürfte auch dem Wunsch der meisten entsprechen, denn ihre auf der Schule erworbenen Kenntnisse können sie zur Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion ihrer Familie einsetzen. -st-

***(22)
Allgemeinsprache an Guangdonger Grundschulen**

Mit Beginn des neuen Schuljahres 1984, d.h. ab September, sollen an den Grundschulen in Guangdong, einer Provinz, in der durchweg Dialekt gesprochen wird, Kurse in Allgemeinsprache (putonghua) eingerichtet werden. Zunächst sollen die Kurse nur an den Schwerpunktgrundschulen eingeführt werden (vgl. C.a. 84/2, Ü 16). Die mangelnde Kenntnis der Allgemeinsprache, so heißt es, behindere ernsthaft die Kommunikation innerhalb der Provinz sowie auch mit den übrigen Teilen Chinas. Zwar seien die jahrelangen Bemühungen um die Einführung des Hochchinesischen nicht ohne Erfolg geblieben, doch gebe es immer noch sehr viele Menschen, die Hochchinesisch weder verstehen noch sprechen. Gerade im Hinblick auf die besondere Stellung Guangdong als Vorposten bei der Politik der Öffnung nach außen sei die Verbreitung der Allgemeinsprache ein dringendes Erfordernis. Aus diesem Grunde sollen nicht nur die Grundschüler das Hochchinesische lernen, sondern auch Erwachsene, und zwar über Fernsehkurse. Das Guangdonger Fernsehen bietet täglich ein Sonderprogramm "Lerne Putonghua sprechen" an. In Kürze sollen zwei weitere Programme folgen: "Ein Satz pro Tag" und "Lerne das phonetische Alphabet". Damit hat sich das Fernsehen der Provinz Guangdong zum Vorreiter der Bemühungen um die Einführung der Allgemeinsprache gemacht (XNA, 29.6.84).

Der Grund für die nur langsam voranschreitende Verbreitung der Allgemeinsprache in Guangdong dürfte in erster Linie in dem Mangel an geeignetem Lehrpersonal liegen. -st-

***(23)
Rückständiges Bildungswesen in Guangdong**

Abgeordnete des Volkskongresses der Provinz Guangdong haben Kritik an dem ihrer Meinung nach rück-

ständigen Bildungswesen in ihrer Provinz geübt. Wenn sich der Zustand des Bildungswesens nicht bessere, so klagten sie, würden die Vier Modernisierungen nachhaltig beeinträchtigt. Bereits in den fünfziger Jahren sei die Zahl der Hochschulstudenten und der Schüler an sekundären Berufsschulen niedriger als im übrigen Land gewesen. Seitdem sei das Niveau noch weiter gesunken. So habe man im letzten Jahr feststellen müssen, daß im Vergleich zu ganz China, wo auf 10.000 Menschen durchschnittlich 12 Hochschulstudenten kommen, in Guangdong durchschnittlich nur 8,2 Studenten zu verzeichnen seien. Gemessen an der Zahl der Hochschulstudenten, rangiere Guangdong unter den 29 Einheiten auf Provinzebene an 21. Stelle, gemessen an der Zahl der Schüler an sekundären Berufsschulen sogar an 25. Stelle. Angesichts dieser Situation forderten die Abgeordneten eine Erhöhung des Etats für das Erziehungswesen und eine stärkere Unterstützung und Förderung privater Schulen (Radio Guangzhou, 28.6.84, nach SWB, 5.7.84).

Das niedrige Bildungsniveau in der Provinz Guangdong steht im Widerspruch zu Guangdong's Ruf als fortschrittliche und aufgeschlossene Provinz, einen Ruf, den es vor allem aufgrund der Tatsache genießt, daß es seit Ende des 19. Jahrhunderts den Nährboden für die revolutionäre Bewegung abgab. Auch heute hat Guangdong eine gewisse Sonderstellung inne, bedingt durch die Nähe zu Hongkong, die zahlreichen Kontakte mit Auslandschinesen und nicht zuletzt die auf seinem Territorium befindlichen Wirtschaftssonderzonen. Besonders von den letzteren hofft es zu profitieren und gewissermaßen eine Vorreiterfunktion bei der Modernisierung einzunehmen. Um so mehr dürfte das rückständige Bildungssystem ins Gewicht fallen. -st-

AUSSENWIRTSCHAFT

*
*
* * * * *

***(24)
Firma für Außenhandelsrecht gegründet**

Am 23.7.1984 nahm eine neue Firma für Außenhandelsrecht in Beijing ihre Tätigkeit auf. Sie bietet ein weites Spektrum von Dienstleistungen an, darunter die Registrierung von Firmen und Handelsmarken, die Vertretung von Kunden bei Vermittlung, Schlichtung, Rechtsstreitigkeiten und Rechtshilfen, bei Verhandlungen über Handelsgeschäfte sowie Projekte der technologischen Zusammenarbeit. In der Firma sind 40 Juristen, die entweder englisch